

zug mit rund 2.000 Beamtinnen und Beamten sicherte, zeigte sich am Mittag „sehr zufrieden“ mit dem bisherigen Verlauf des karnevalistischen Höhepunktes.

Sozial- und Umweltverbände: Förderprogramme und Klimageld nötig

Berlin, Schwerte (epd). Die Klima-Allianz Deutschland ruft die Bundesregierung auf, sich schon heute auf die zu erwartenden Belastungen der Haushalte durch deutlich steigende CO₂-Preise vorzubereiten. Es sei abzusehen, dass die finanziellen Belastungen ab 2027 durch die Ausweitung des europäischen Emissionshandels (ETS II) auf Verkehr und Gebäude merklich steigen werden, teilte die Allianz bei der Vorstellung einer Studie am Dienstag in Berlin mit. Es brauche ein „kluges Gesamtpaket“ der Regierung für den Übergang zur Klimaneutralität. Dazu gehörten das angekündigte Klimageld sowie gezielte Maßnahmen speziell für untere Einkommensgruppen.

Die Ausweitung des europäischen Emissionshandels (ETS II) werde zu höheren und schwankenden CO₂-Preisen führen, betonten die Studienautoren des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und des Öko-Instituts. „Um Preisschocks zu vermeiden und die Planbarkeit zu verbessern, sollte der nationale CO₂-Preis bereits vor Einführung des ETS II angehoben und gleichzeitig ein sozialer Ausgleich geschaffen werden.“ Zu den empfohlenen Klimaschutzmaßnahmen speziell für untere Einkommensgruppen gehören etwa Zuschüsse für energiesparende Elektrogeräte. Derzeit liegt der CO₂-Preis in Deutschland bei 45 Euro pro Tonne.

Die Studie „Umsetzung des ETS II und des Klima-Sozialfonds in Deutschland“ entstand im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland und ihrer Mitglieder, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), der Diakonie Deutschland, Germanwatch, dem Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelische Kirche von Westfalen, dem WWF Deutschland sowie dem Deutschen Naturschutzrings. Der erste Teil der Untersuchung widmet sich den politischen Optionen zur nationalen Ausgestaltung des neuen EU-Emissionshandels. Im zweiten Teil geht es darum, welche Möglichkeiten des sozialen Ausgleichs bestehen, um Preissteigerungen abzufedern.

Stefanie Langkamp, Politische Geschäftsleiterin der Klima-Allianz Deutschland, sprach von einem schwierigen Prozess, der auch von der EU-Gesetzgebung bestimmt werde. Wichtig sei es, dass die CO₂-Einnahmen zeitnah wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen, um die Akzeptanz für den Klimaschutz zu sichern. Sie warb für einen nationalen Mindestpreis, das Klimageld und gezielte Förderprogramme für Menschen mit geringem Einkommen: „Nur so kann beispielsweise auch die alleinerziehende Pflegekraft in einer Mietwohnung in Zukunft klimafreundlich und günstig heizen.“

Gesellschaft

Jan-Dirk Döhling, designierter Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft, kritisierte, das „Wirrwarr“ beim Klimageld sei nicht akzeptabel. Das im Koalitionsvertrag versprochene Klimageld müsse jetzt umgesetzt werden, forderte er. „Akzeptanz für den Klimaschutz schafft, wer jedem und jeder Einzelnen zeigt, Klimaschutz lohnt sich - für die Schöpfung, für die Zukunft und dann auch persönlich“, sagte Döhling.

Gesellschaft

Institut warnt vor negativen Folgen von AfD-Wirtschaftspolitik

Berlin, Köln (epd). Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat vor den Folgen gewarnt, die eine Umsetzung der AfD-Wirtschaftspolitik mit sich bringen würde. So könnte Deutschland etwa bei einem von der AfD geforderten EU-Austritt rund zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung verlieren, sagte Knut Bergmann, Leiter des Berliner IW-Büros, der Düsseldorfer „Rheinischen Post“ (Dienstag). „Das bedeutete einen Wohlstandsverlust von 400 bis 500 Milliarden Euro jährlich, wie die Übertragung einer Studie zu den tatsächlichen Brexit-Folgen zeigt.“ Zudem würden dadurch 2,2 Millionen Arbeitsplätze bedroht.

Bergmann betonte, eine IW-Umfrage habe zudem gezeigt, dass es schon jetzt schwierig sei, in AfD-Hochburgen ausländische Fachkräfte zu gewinnen. „Die AfD polarisiert, ist in Teilen rechtsextremistisch und steht gegen die Offenheit, von der die Exportnation wie das Einwanderungsland Deutschland lebt.“ Ökonomischer Erfolg brauche politische Stabilität. Der Politikwissenschaftler sagte der Zeitung: „Die AfD ist - anders als sie gerne vorgibt - keine Partei für kleine Leute.“ Von den Steuerplänen der Partei würden vor allem Spitzenverdiener profitieren. Er halte es für wichtig, die Partei „inhaltlich zu stellen und den Wählern die Folgen klarzumachen.“

Lehrerverband: Steigende Austritte aus Schuldienst nicht hinnehmen

Dortmund (epd). Der Lehrerverband VBE hat die NRW-Landesregierung aufgefordert, vermehrte Dienstaustritte von Lehrkräften und weiterem Schulpersonal „nicht einfach hinzunehmen“. Es reiche nicht, darauf hinzuweisen, dass es sich dabei „wahrscheinlich um natürlich Fluktuationen in der Arbeitswelt“ handle, kritisierte die NRW-Landesvorsitzende des VBE, Anne Deimel, am Montag in Dortmund. „Viele Kolleginnen und Kollegen an den Schulen fühlen sich überlastet und alleingelassen.“